



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

Kundgebung Volkswagen AG zum Erhalt des VW-Gesetzes,
12. September 2008,
Wolfsburg

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Volkswagen AG ist ein florierendes und dynamisch wachsendes Unternehmen. VW ist der drittgrößte Automobilhersteller der Welt. Und VW macht satte Gewinne.

Dieser Erfolg von VW ist zuerst Euer Erfolg. Er ist das Ergebnis Eurer täglichen Arbeit. Darauf könnt ihr stolz sein Kolleginnen und Kollegen.

Und dieser Erfolg hat seit 40 Jahren einen Eckpfeiler: die Mitbestimmung mit ihren erweiterten Rechten.

Diese Mitbestimmung ist verankert im VW-Gesetz und der Grund hierfür liegt in den Eigentumsverhältnissen von Volkswagen nach dem zweiten Weltkrieg. Das VW-Werk wurde von den Nazis mit dem Geld enteigneter und entrechteter Gewerkschafter gebaut.

Es war unser geraubtes Gewerkschaftsvermögen, das den Grundstein für VW legte.

Nach dem Ende der Nazidiktatur war die erweiterte Mitbestimmung Teil eines Kompromisses zwischen den Alliierten, der Bundesregierung und den Gewerkschaften. Wir haben auf Eigentumsrechte verzichtet und dafür das VW-Gesetz bekommen.

Und das lassen wir uns nicht einfach nehmen.

Nicht von Politikern und auch nicht von Managern.

Wer uns das VW-Gesetz nehmen will, will uns unseren Anteil an der Entstehung von Volkswagen nehmen.

Wer uns die erweiterte Mitbestimmung nehmen will, der hat keinen Respekt vor der besonderen Geschichte von VW und der Rolle der Arbeitnehmer und der IG Metall.

Dies lassen wir uns nicht gefallen.

Das gilt für die Belegschaft von VW und das gilt für die gesamte IG Metall.

Die IG Metall verteidigt das VW-Gesetz. Wir brauchen in Zeiten von Shareholder Value und Finanzmarktkapitalismus nicht weniger, sondern mehr VW-Gesetze in unserem Land.

Ich nenne nur zwei Beispiele: Nokia in Bochum und AEG-Elektrolux in Nürnberg. Diese Unternehmen und ihre Arbeitsplätze hätten mit einem VW-Gesetz eine andere Entwicklung genommen.

Das VW-Gesetz schützt die Belegschaften. Das ist gelebte und erfolgreiche Sicherung von Arbeitsplätzen.

Was wäre denn aus den Standorten Emden, Salzgitter oder Neckarsulm geworden, wenn wir das VW-Gesetz nicht gehabt hätten? Oder auch in jüngster Zeit aus den Komponenten-Standorten Braunschweig oder Kassel?

Verlagerung, Schließung und Massenentlassungen, das sind doch die phantasielosen Antworten vieler Manager in Zeiten des Shareholder Value.

Ich sage Euch: Wir brauchen im Zeitalter von Globalisierung und Finanzmarktkapitalismus mehr Demokratie in der Wirtschaft und nicht weniger.

Arbeitnehmermitbestimmung ist Garant für langfristigen Unternehmenserfolg.

Arbeitnehmermitbestimmung ist die Barriere gegen die Kurzfristorientierung im Finanzmarktkapitalismus.

Mitbestimmung ist die beste Therapie gegen die Heuschrecken-Krankheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es geht uns nicht nur um die formalen Rechte oder die Stimmen im Aufsichtsrat. Es geht uns um Demokratie im Betrieb und um Verhandlungen auf Augenhöhe.

Wir wollen, dass wir an wichtigen Unternehmensentscheidungen beteiligt werden.

Nur so ist der Ausgleich zwischen Kapitalinteressen und Arbeitnehmerinteressen möglich.

Nur so ist der unternehmerische Erfolg auch langfristig gesichert.

Hierfür steht die Kultur bei Volkswagen. Und hierfür steht das VW-Gesetz.

Ich frage öffentlich: Wenn es stimmt, dass das Porsche Management keine Produktion bei Volkswagen verlagern oder Standorte schließen will, warum klagen sie dann gegen das VW-Gesetz?

Der Grund hierfür liegt auf der Hand. Und er ist sehr durchsichtig. Porsche will ganz offensichtlich einen Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag mit Volkswagen erzwingen. Hierzu braucht Porsche im Normalfall 75 Prozent der Stimmen auf der Hauptversammlung. Im VW Gesetz ist jedoch geregelt, dass hierzu 80 Prozent der Stimmen notwendig sind. Das heißt im Klartext:

Fällt das VW Gesetz, dann fällt die Sperrminorität von Niedersachsen und der Weg für die Beherrschung von VW durch Porsche ist frei.

Der Weg ist frei das Geld von Volkswagen abziehen.

Der Weg ist frei dem Vorstand von Volkswagen Weisungen zu erteilen.

Der Aufsichtsrat und das Management von Volkswagen wären dann Marionetten an den Fäden eines jeden beliebigen Vorstandsvorsitzenden in Zuffenhausen.

Kolleginnen und Kollegen, nicht mit uns sage ich dazu.

Wir werden nicht zulassen, dass wir zu Marionetten in einem großen Monopoly-Spiel gemacht werden.

Ich frage die Anteilseigner von Porsche:

Wollen Sie das?

Wollen Sie den Aufsichtsrat und das Management von Volkswagen zu Befehlsempfängern machen?

Wollen Sie herrschen, statt den fairen Ausgleich der Interessen zu suchen?

Ich fordere Sie auf, dass Sie als Anteilseigner Stellung beziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Kapitaleseite muss begreifen, dass sie Frieden mit den Arbeitnehmern machen muss. Ansonsten werden wir keinen Frieden geben.

Ich erwarte vom Vorstand der Porsche Holding SE, dass er nicht länger das VW-Gesetz torpediert. Dass er die erweiterte Form der Mitbestimmung bei Volkswagen nicht nur in Wort, sondern in seinem Verhalten akzeptiert.

Auch die Meinungsverschiedenheiten um die betriebliche Mitbestimmung im VW-Konzern müssen beigelegt werden. Ich erwarte vom Vorstand der Porsche Holding SE, dass er endlich einlenkt.

Natürlich müssen die VW-Kollegen besser repräsentiert sein im Europäischen Betriebsrat der neuen Porsche SE.

Natürlich müssen die VW-Kollegen ihre verschiedenen Standorte in den Mitbestimmungsgremien abbilden können.

Und selbstverständlich sollten unsere Porsche-Kollegen auch im Welt-Konzernbetriebsrat mitarbeiten. Auch sie sind Teil unserer IG Metall. Und auch ihre Interessen müssen verstanden und abgebildet werden. Denn am Ende sind wir nur gemeinsam stark.

Dies alles ist aus meiner Sicht völlig unstrittig und auch nicht verhandelbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

VW-Gesetz und die Regelungen in der Montanindustrie sind Leuchttürme der Unternehmens-Mitbestimmung.

Das VW-Gesetz bestimmt aber nicht nur die Unternehmenskultur bei uns in Deutschland. Auch die zig tausend Kolleginnen und Kollegen an den ausländischen Produktionsstandorten wissen seinen Wert zu schätzen.

Arbeitnehmer können sich verständigen und solidarisch zeigen, um Standorte und Arbeitsplätze weltweit zu erhalten. Nach dem VW-Gesetz ist es nur mit Zustimmung von zwei Drittel des Aufsichtsrates möglich, über Standorte zu entscheiden. Ohne Zustimmung der Arbeitnehmer kann keine Standortverlagerung oder -errichtung erfolgen.

Das VW-Gesetz schützt deshalb nicht nur die Belegschaften in Deutschland, sondern bietet Schutz vor Erpressungsversuchen für alle Belegschaften weltweit.

Wer dies abschaffen will, setzt marktradikal auf das Ausspielen von Standorten und Belegschaften.

Wer das VW-Gesetz abschaffen will, gefährdet das Erfolgsmodell Volkswagen AG.

Wer das abschaffen will, setzt auf Konfrontation statt auf Ausgleich – national und international.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Gründerväter der Europäischen Union hatten sicher nicht den freien Kapitalverkehr im Kopf, als sie den EWG Vertrag unterschrieben. Nach der Katastrophe des zweiten Weltkriegs ging es vor allem darum, Europa sozial und friedenssichernd zu einen.

Aber Europa geht kaputt. Weil einige nicht begreifen wollen, dass es die europäische Union nicht wegen des unbeschränkten Güterhandels und des freien Kapitalverkehrs gibt. Sondern die Grundidee Europas sozial, gerecht, solidarisch und vor allem friedenssichernd ist. Wer aus der Historie Europas - mit seinen schrecklichen Kriegen - das nicht gelernt hat, der ist ein Ignorant.

Europa ist auf dem falschen Weg und verliert dabei die Menschen.

Europa muss vor allen Dingen sozial ausgewogen sein, wenn es die Akzeptanz der Menschen gewinnen will.

EU-Kommissar McCreevy hat aus dem Widerstand der Menschen in Frankreich, in den Niederlanden und zuletzt in seiner Heimat Irland nichts, aber auch gar nichts gelernt.

Und ich sage sehr deutlich: diese engstirnigen Neoliberalen á la McCreevy, sie zerstören die Zukunft Europas. Sie organisieren die Ablehnung der Menschen gegen Europa. McCreevy ist ein Totengräber der Einheit Europas.

An die Adresse der EU-Kommission gerichtet sage ich deshalb:
Ein demokratisches und soziales Europa braucht starke Interessenvertretungen auf europäischer Ebene.

Das VW-Gesetz muss erhalten bleiben. Dafür wird die IG Metall auch in Europa kämpfen.

Im Ernstfall werden wir gemeinsam nach Brüssel gehen müssen. Die Belegschaft von Volkswagen und die Beschäftigten anderer IG Metall Betriebe.

Hier geht es um eine exemplarische Auseinandersetzung im neuen Finanzmarktkapitalismus. Die geht alle IG Metaller etwas an. Und die IG Metall will nicht weniger, sondern mehr VW-Gesetz.

Ich danke Euch.